

RADIKALENERLASS: Im Südwesten startet die Aufarbeitung

Runder Tisch für 19. Juni geplant

Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz

STUTTGART. Der baden-württembergische Landtag will die Folgen des Radikalenerlasses aufarbeiten. Dazu soll nach Informationen unserer Zeitung am 19. Juni erstmals ein Runder Tisch zusammenkommen. Dies bestätigte ein Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion. Ursprünglich sollte bereits im Mai mit der Aufarbeitung begonnen werden.

Blick zurück: Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD), dass Bewerber und Mitglieder im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz durchleuchtet werden. Damit sollte festgestellt werden, ob eine Person verfassungstreu ist. In der Folge kam es bundesweit zu rund 11 000 Berufsverboten und zu über 2000 Disziplinarverfahren.

Mehrere hundert Betroffene

In Baden-Württemberg gab es mehrere hundert Betroffene, darunter auch der jetzige Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Er war als Student Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). Als 27-Jähriger bekam Kretschmann die Nachricht, dass er nicht zum Referendariat zugelassen werden könne, da er im Zuge des Radikalenerlasses noch überprüft werden müsse. Am Ende konnte Kretschmann sein Referendariat doch beginnen. Anfang 2012 wandte sich die Initiative "40 Jahre Radikalenerlass" mit zwei Briefen an den Regierungschef. Sie forderten die "Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen, die Offenlegung und Vernichtung der Verfassungsschutz-Akten und das Ende der geheimdienstlichen Bespitzelung kritischer Oppositioneller". Kretschmann erklärte lediglich, er teile die Forderungen nicht.

Beim Runden Tisch werden die Abgeordneten Beate Böhlen und Ulrich Sckerl (beide Grüne) sowie Rita Haller-Haid (SPD) teilnehmen. Die CDU bleibt dem Treffen fern. Von der Initiative der Betroffenen kommt deren Sprecher Klaus Lipps.

© Mannheimer Morgen, Samstag, 23.05.2015